



Sozialwirtschaft entdeckt Genossenschaften

Privates Kapital und Ehrenamt ersetzen knappe öffentliche Finanzmittel

Berlin (epd). *In wirtschaftlich schwierigen Zeiten bieten Genossenschaften besondere Vorteile. In ihnen lässt sich privates Kapital und ehrenamtliches Engagement für einen gemeinsamen Zweck verbinden. Das lässt die Sozialwirtschaft aufhorchen.*

»Noch gibt es in Deutschland erst rund 100 Sozialgenossenschaften, doch es könnten bald mehr werden«, sagt Burghard Flieger, Vorstand und wissenschaftlicher Leiter der Innova, Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfeorganisationen (Leipzig). In keiner anderen Gesellschaftsform ließen sich wirtschaftliches und solidarisches Handeln so gut miteinander verbinden. Das könnte nicht nur für Kindergärten oder Schulen, sondern auch für Senioren- oder Arbeitslosengenossenschaften interessant sein.

Ganz ähnlich sieht es Martin Link, Leiter des Paritätischen Bildungswerkes des Landesverbandes Baden-Württemberg (Stuttgart) und selbst ehrenamtliches Vorstandsmitglied einer Wohngenossenschaft. »Ich glaube, dass der Genossenschaftsgedanke eine Renaissance erlebt. Und dies nicht nur bei Wohnungsbauprojekten, sondern auch in anderen sozialen Bereichen.« In wirtschaftlich schwierigeren Zeiten hätten sich die Menschen immer auf Genossenschaften besonnen.

Beispiele dafür gibt es genug: Angefangen bei der ersten Konsumgenossenschaft in Deutschland, der Eilenburger Lebensmittel-Association, in der sich 1850 Arbeiter und Handwerker in Sachsen vereinten. Sie wollten sich gegen Wucherpreise der Händler zur Wehr setzen und kauften deshalb gemeinsam ein. Fast zeitgleich die von Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch gegründeten Vorschussvereine, die Kredite zu erschwinglichen Zinsen ermöglichten. Und etwas später die landwirtschaftlichen Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften, die den Bauern und Winzern günstigere Einkaufs- und bessere Verkaufspreise verschafften.

Wer eine Genossenschaft gründen will, braucht mehr als eine Idee und sieben Gleichgesinnte

Dabei basierten die Genossenschaften auf der Überzeugung, dass mehrere Menschen, die sich zusammenschließen, wirtschaftlich viel stärker sind, als es der Einzelne es je sein könnte. Nicht das Gewinnstreben eines Einzelnen, sondern das gemeinschaftliche Handeln zum Wohle aller, Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung standen im Vordergrund. Und daran hat sich bis heute nichts geändert. »Wenn sich heute Menschen für ein Wohnprojekt zusammenschließen, dann wollen sie sich selbst helfen und selbstbestimmt und kostengünstig bauen«, sagt Martin Link aus seiner Erfahrung mit der Stuttgarter »pro ... gemeinsam bauen und leben Wohngenossenschaft eG«.

Wer eine Genossenschaft gründen und ins Genossenschaftsregister eintragen lassen will, braucht aber nicht nur eine Geschäftsidee und mindestens sieben Gründungsmitglieder. Er braucht eine Satzung, ein Unternehmenskonzept und eine Wirtschaftlichkeitsrechnung. »Erst wenn dies alles stimmt, kann der Prüfungsverband die Genossenschaft ins Genossenschaftsregister eintragen«, sagt Angelika Noß, Vorstandsmitglied des bundesweit tätigen Prüfungsverbandes der klein- und mittelständischen Genossenschaften mit Sitz in Berlin.

Für die Stuttgarter Wohngenossenschaft hieß dies, dass nach der Gründung im Frühjahr 1999 noch ein paar Monate mit Formalitäten ins Land gingen, bis die Genossenschaft im Dezember ins Genossenschaftsregister eingetragen wurde. Dann konnte es richtig losgehen, konnten die Wohnprojekte vorwärts getrieben werden. Und wer Mitglied werden und ein Wohnrecht erwerben wollte, bezahlte neben ei-

ner Aufnahmegebühr noch Wohnungsgenossenschaftsanteile, die je nach Wohnungsgröße zwischen 5.000 und 10.000 Euro lagen. Damit erwerben sich die Mitglieder ein lebenslanges Nutzungsrecht. Parallel dazu bezahlen sie ein monatliches Nutzungsentgelt, das unter der marktüblichen Miete liegt.

»Genossenschaften haben ein höhere Kreditwürdigkeit als ein Verein«

Für Link gibt es noch weitere Vorteile: »Als eingetragene Genossenschaft wirtschaftet man wie ein Unternehmen«, sagt er. »Das erhöht die Kreditwürdigkeit gegenüber einem Verein.« Für Banken sei es entscheidend, dass durch die Einlagen der Mitglieder genügend Eigenkapital als Sicherheit vorhanden sei und der Vorstand einmal im Jahr vom genossenschaftlichen Prüfungsverband kontrolliert werde.

»Als Genossenschaft steht man gegenüber Banken und Kommunen besser da«, sagt auch Monika Ible, langjähriges geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Waldorfschule Ravensburg eG. »Ein Verein ist zwar leichter zu gründen und es gibt auch nicht die jährliche Prüfung durch einen Prüfungsverband«, sagt sie. »Ein Verein merkt aber auch nicht so schnell, wenn er in eine wirtschaftliche Schieflage gerät.« Für eine Schule sei eine Genossenschaft wirtschaftlich solider. In der Waldorfschule funktioniere es so, dass Eltern und Lehrer mindestens zwei Genossenschaftsanteile zu je 800 Euro erwerben müssen. Daneben bezahlten die Kinder ein Schulgeld. Verließen die Kinder die Schule, könnten sich die Eltern etwas später ihren Genossenschaftsanteil auszahlen lassen.

»Bei Genossenschaften könnten die Mitglieder anders als bei einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung relativ leicht ein- und aussteigen«, fasst Flieger diesen Vorteil zusammen. Außerdem könnten Mitglieder > auch mit kleineren finanziellen Einlagen mitmachen. Damit ließen sich relativ viele Mitglieder unter einem Dach vereinen. Und anders als bei einer GmbH oder Aktiengesellschaft zähle die Stimme eines Mitglieds gleich, anhängig von der Höhe seiner Einlage.

Das sind Vorzüge, die vor allem bei Schulen, Kindergärten oder Seniorengenossenschaften eine Rolle spielen; wie etwa dem Altkönig-Stift eG in Kronberg. Gegen Übernahme von Geschäftsanteilen ermöglicht die Genossenschaft hier ihren Mitgliedern, den dritten Lebensabschnitt in einer Seniorenwohnanlage zu verbringen und auch medizinische und pflegerische Leistungen in Anspruch zu nehmen.

Genossenschaften bergen aber auch Risiken: »Sie brauchen Leute mit Fachkompetenz und einen Markt«, sagt Noß. Gerade müsse sie wieder eine Genossenschaft abwickeln, sagt sie, ohne einen Namen zu nennen. Es reiche eben oft nicht aus, wenn Fördermitglieder eine Genossenschaft gründeten, um Langzeitarbeitslose für Handwerker- und Hausmeisterarbeiten zu beschäftigen. Ein solches Projekt funktioniere nur, wenn dafür ein ausreichender Markt vorhanden sei und die Arbeit gut ausgeführt werde. Sei dies nicht der Fall, könne eine Genossenschaft in Schieflage geraten. Die Mitglieder müssten dann je nach Satzung mit ihrem Genossenschaftsanteil oder mit Teilen ihres Privatvermögens haften.

Burchard Bösch vom Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften in Hamburg bringt es auf den Punkt: »Jeder Euro, der ausgegeben wird, muss auch wieder verdient werden.« Man brauche Leute mit Fachwissen und Unternehmergeist, sonst funktioniere es auf Dauer nicht. »Ist dies der Fall, dann sehe ich durchaus Entwicklungspotenzial für Genossenschaften im sozialen Bereich.«

Karin Birk Z

Weitere Informationen:

- www.innova-eg.de
- www.pruefungsverband.de
- www.zdk.coop